

Die digitalisierte Demokratie

Jeanette Hofmann

Der Aufstieg der populistischen Bewegungen und Parteien in Europa und den USA hat dem Thema „Digitalisierung und demokratischer Wandel“ allgemeine Aufmerksamkeit verschafft. Das ist kein Zufall, denn es sind vor allem die Regelbrüche und gezielten Grenzüberschreitungen auf den digitalen Plattformen, die uns vor Augen führen, dass eine ausgedehnte Periode demokratischer Normalität an ihr Ende gekommen ist und wir uns in einer Phase des Umbruchs befinden.

Skeptisch an der öffentlichen Diskussion stimmt allerdings die unterstellte Rollenverteilung zwischen Demokratie und Digitalisierung. Während demokratische Institutionen als schwache Opfer präsentiert werden, erscheint die digitale Technik als treibende, bedrohliche Kraft. Diese Gegenüberstellung von autonom agierender Technik und verletzlicher Demokratie hilft allerdings nicht weiter, will man den gegenwärtigen Strukturwandel verstehen. Demokratie und Medientechnologien agieren nämlich nicht unabhängig voneinander, sie sind vielmehr grundlegend miteinander verwoben.

Massenmedien wie Zeitungen, Radio und Fernsehen ermöglichen erst eine öffentliche Verständigung über die unmittelbare räumliche Umgebung hinaus. Ohne eine geografisch ausgedehnte Öffentlichkeit lässt sich wiederum die repräsentative Demokratie nicht denken. Denn der öffentliche Diskurs ist unverzichtbar für die politische Willensbildung, die ja Bestandteil des modernen Verständnisses demokra-

tischer Selbstbestimmung ist. Kein Wahlkampf ließe sich führen, keine Parlamentsdebatte verfolgen und keine Kritik üben ohne die Medien, die den politischen Betrieb nicht nur professionell beobachten, sondern darüber auch den öffentlichen Raum für den gesellschaftlichen Austausch maßgeblich konstituieren. Wenn aber Kommunikationsmedien ein unverzichtbarer Bestandteil der demokratischen Verständigung sind, ist dann nicht zu erwarten, dass sich der Medienwandel, den wir derzeit beobachten, auch auf die demokratische Praxis auswirkt?

Die Gegenthese zu dieser verbreiteten Gefährdungsdia- gnose lautet, dass wir keine Destabilisierung der Demokratie als solche beobachten, sondern eine Erschütterung ihrer Organisationsformen. Charakteristischerweise tritt diese Erschütterung derzeit besonders deutlich an den Gelenkstellen zwischen demokratischen Institutionen, Öffentlichkeit und politischer Kommunikation zutage.

Bis zur Jahrtausendwende hatten die Massenmedien in westlichen Demokratien eine nahezu unangefochtene Monopolstellung in der politischen Berichterstattung inne. Sie entschieden über die Relevanz und

Irrelevanz von Akteuren, Ideen und Programmen und damit über die medial erfahrbare politische Wirklichkeit. Das Zusammenspiel von Politik und Medien wurde zusätzlich durch eine kapitalintensive Medientechnologie befördert, die das Publizieren von Nachrichten und Weltdeutungen auf wenige Organisationen beschränkte und die strikte Trennung zwischen wenigen professionellen Produzenten und einem großen konsumierenden Publikum zum Normalfall erhob.

Die mächtige Rolle der Medien als Gatekeeper ist vielfach kritisiert worden, auch aufgrund der intellektuellen und gesellschaftlichen Nähe zwischen politischen und journalistischen Eliten. Erst im Rückblick wird allerdings erkennbar, wie stark das Zusammenspiel aus analogen Medientechnologien, Konventionen der Berichterstattung und Kontrolle der Kommunikationskanäle unser Verständnis von demokratischer Öffentlichkeit geprägt hat.

Die Digitalisierung hat diese enge Verbindung zwischen Politik und Medien nicht zerstört, aber doch infrage gestellt. In der digitalen Kommunikation hat die Unterscheidung zwischen

Informationsproduzenten und -empfängern ihre materielle Grundlage verloren. Im Prinzip können nun alle Menschen öffentlich kommunizieren. Soziale Netzwerke wie YouTube und Facebook haben ihr Geschäftsmodell ursprünglich speziell auf diese nutzergenerierten Inhalte ausgerichtet. Eine neue Generation von Sprecher*innen und Politiker*innen hat die öffentliche Bühne betreten, die sich nicht länger an die alten Regeln der öffentlichen Rede gebunden fühlen.

Die digitalen Publikationsplattformen haben dem Bürgerrecht auf Meinungsfreiheit gewissermaßen Flügel verliehen. Zu den ersten politischen Kräften, die das erkannten und für sich effektiv zu nutzen wussten, gehörte die neue Rechte, die von den Massenmedien weitgehend marginalisiert worden war. Sie eignet sich das Internet als Propagandamaschine an und experimentiert mit politischen Interventionsformen, die Aufmerksamkeit, die neue knappe Ressource, erzeugen sollen. Gleichzeitig erodiert der alte informelle Konsens über die Grenzen dessen, was öffentlich gesagt und getan werden darf. Die neue Haltelinie rückt näher an das Strafrecht heran, das mit dem jüngst geschaffenen Netzwerkdurchsetzungsgesetz für diese Aufgabe gerüstet werden soll.

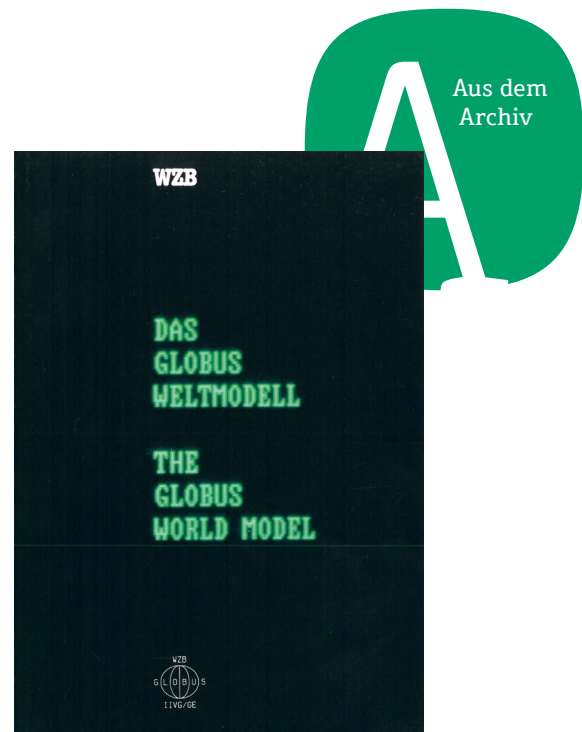
Unterdessen entwickeln sich die digitalen Plattformen zu den neuen Gatekeepern des öffentlichen Raums. Sie liefern nicht nur die Infrastruktur für den politischen Diskurs. Ihre Dienstleistungen umfassen selbst aktive Wahlkampfhilfe für politische Parteien – mit Werbeeinnahmen für Wahlkampfanzeigen als Gegenleistung. Theoretisch könnten heute wenige Plattformen den gesamten medial vermittelten öffentlichen Raum bereitstellen. So gigantisch, subtil und tiefgreifend ist die Reichweite der sozialen Netzwerke mittlerweile, dass den alten Massenmedien wenig anderes übrig bleibt, als sich

ihren Regeln und Aufmerksamkeitslogiken zunehmend zu beugen. Der öffentliche Diskurs wird hierdurch heterogener, schneller, aber auch irrationaler und unvorhersehbarer.

Wichtig ist, dass die Digitalisierung diesen Strukturwandel nicht vorgibt, sondern ihn möglich und wahrscheinlich macht. Andere Organisationsformen wären denkbar gewesen. So hätten etwa die großen Medienhäuser selbst mit digitalen Kommunikationsumgebungen experimentieren und neue Räume für eine horizontale Verständigung anbieten können.

Genau besehen beobachten wir eine drastische Zunahme von Organisations- und Kommunikationsmöglichkeiten, die die gewohnten Mechanismen zur Domestizierung der öffentlichen Sphäre überfordern. Das routinierte Zusammenspiel zwischen politischem Apparat und medialer Vermittlung, das über Jahrzehnte für eine große Stabilität gerade auch in der Grenzziehung der öffentlichen Sphäre gesorgt hat, durchläuft einen Prozess der Neuformierung. Das hat dauerhafte Auswirkungen auf die demokratische Praxis, wie wir sie kennen, weil diese nicht nur durch gesetzliche, sondern auch durch informelle Normen geprägt wird. Aber es gefährdet nicht das Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung.

Jeanette Hofmann leitet die Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung am WZB und ist Professorin für Internetpolitik an der Freien Universität Berlin.



Die Berechenbarkeit der Zukunft

„Gründe für einen bedingten Optimismus“ im Blick auf die Entwicklung der Welt fanden Wissenschaftler des WZB in den Szenarien, die sie im Rahmen des Computer-Simulationsmodells GLOBUS (Generating Long-Term Options by Using Simulation) berechneten. Aus großen Datensammlungen und mithilfe ganz frisch errungener Computertechnik gestaltete das Team um Karl W. Deutsch und Stuart A. Bremer Hochrechnungen unterschiedlicher Pfade. Ziel waren nicht Prognosen, sondern Hilfsmittel zu Entscheidungen für die Politik. Alles natürlich unter der einen Voraussetzung, dass die Welt im Großen und Ganzen so weiterläuft wie bekannt.

Das GLOBUS-Weltmodell, Broschüre, Berlin: WZB, 1985.